

Schriftliche Anfrage betreffend wie kann man Parallel-Gesellschaften zurückdrängen

14.5456.01

Die Volks-Aktion fordert von der Regierung die Erstellung eines jährlichen "Islamisierungsberichts Basel", um die politischen Entscheidungsträger wie auch die Basler Bevölkerung mit entsprechenden Informationen zu versorgen und die Datengrundlage zur gebotenen politischen Zurückdrängung islamischer Parallelgesellschaften zu schaffen.

Es bedarf einer Übersicht über islamische Einrichtungen und Gruppen sowie deren Lebensweise, vor allem was Scharia-Praktiken, das Gewaltpotential und die Terrorismusgefahr angeht. Ausserdem sollte die Basler Öffentlichkeit möglichst umfassend über das Verhältnis hiesiger Moslems zur Demokratie, zu Menschenrechten, zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und zu islamtypischen Auswüchsen wie "Ehrenmord", Zwangsverheiratung und häuslicher Gewalt informiert werden.

Dringender Handlungsbedarf besteht vor allem im Kleinbasel, wo nicht nur ein schwelender islamischer Kulturkampf gegen die Basler Noch-Mehrheitsgesellschaft stattfindet, sondern sich demnächst auch innerislamische Konflikte auf dem Rücken der einheimischen Bevölkerung gewaltsam entladen können. Wir haben die Notwendigkeit, eines solchen Berichts. Dieser würde Informationsdefizite beseitigen bzw. der Desinformation entgegenwirken und darüber hinaus aufzeigen, wie auch in Basler Ballungszentren die Gefahr des islamischen Terrorismus zunehmend wachse.

1. Kann der Regierungsrat bitte jährlich einen Islamisierungsbericht heraus bringen? Wenn nein, warum nicht.
2. Gibt es Zwangsheiraten in Basel?
3. Gibt es Scharia-Gerichte in Basel?
4. Können islamische Hassprediger aus der Schweiz ausgewiesen werden?
5. Wenn ein Hassprediger schon den Schweizer Pass hat, kann er dennoch ausgewiesen werden?
6. Welche Salafisten-Vereinigungen gibt es schon in Basel?
7. Wieviele Orient-Moscheen mit Minaretten gibt es in Basel?
8. Werden weitere Mosche-Bauten genehmigt?

Eric Weber